



Niederschrift

13. Plenarsitzung des Gemeinderates
29. Juli 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 21 der Tagesordnung: Pilotprojekt - Einrichtung von privat genutzten Standplätzen von Abfallsammelbehältern auf öffentlicher Fläche Vorlage: 2025/0544/1

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung, das Team Sauberes Karlsruhe (TSK) zu beauftragen, ein Pilotprojekt zur Einrichtung eines privaten Müllsammelplatzes im öffentlichen Raum für das Objekt der Hirschstraße während des Projektzeitraums vom 1. Oktober 2025 bis zum 30. Juni 2026 durchzuführen und die dafür notwendigen zwei Parkplätze vor dem Objekt im Projektzeitraum als Standplätze für Abfallbehälter zu nutzen.

Über die Projektergebnisse wird der Betriebsausschuss nach Ablauf des Projektzeitraums informiert sowie über das weitere Vorgehen beraten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (34 Ja, 7 Nein, 2 Enthaltungen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 21 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung am 11. Juli 2025:

Das ist ein Auftrag aus dem Gemeinderat. Wir legen Ihnen jetzt einen Umsetzungsvorschlag vor. Wenn Sie ihn ablehnen würden, müssten wir es nicht umsetzen und die bisherige Zufriedenheit der Nachbarschaft würde vielleicht trotzdem nicht geschmälert. Trotzdem ist es vielleicht ein interessantes Experiment. Insofern will ich nur noch einmal die Situation der Verwaltung an der Stelle präzisieren. Ich bedanke mich aber vor allem erst einmal bei TSK und auch bei allen anderen beteiligten Ämtern. Ursprünglich hatten wir nicht gedacht, dass wir es überhaupt ein Stück weit umsetzen können. Das will ich ausdrücklich sagen. Es haben hier ganz viele sehr gut zusammengearbeitet, um zumindest einmal ein solches Pilotprojekt auf die Straße zu bringen. Das ist mir an der Stelle auch noch einmal ganz wichtig zu betonen.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Ich würde jetzt noch ergänzen, dass nur weil nicht mehr aktiv gemeckert wird, noch nicht alle zufrieden sind. Genau, in diesem Sinne wollen wir uns aber jetzt bei der Verwaltung bedanken, dass das Thema angegangen wird, denn in der Hirschstraße haben wir wirklich eine stadtweit einmalige Situation mit diesen mehreren Stockwerken, die auch für einen Hausmeisterservice nachher nicht zu einer üblichen Belastung gehören, diese Tonnen dort hochzuschleppen, und auch nicht für die Bewohnenden. Insofern sind wir der Meinung, dass eine Ausnahme hier tatsächlich einmal gerechtfertigt ist, dass man pragmatische Lösungen wagt, die wir sonst eigentlich in der Stadt so nicht haben wollen. Denn es ist uns schließlich klar, dass der öffentliche Raum eine knappe und wertvolle Ressource ist. Einzig die Höhe der Gestattungsgebühren in der Vorlage, die dort angesetzt werden, die hat uns dann doch etwas überrascht. Die Gestattung der Nutzung eines Parkplatzes liegt laut Vorlage jährlich bei 5.775 Euro, ein interessanter Wert, wenn wir bedenken, dass das parkende Auto auf dem Stellplatz daneben kostenlos steht. Das erscheint doch etwas recht hoch subventioniert aktuell, aber das ist ein anderes Thema.

Für das Thema Mülltonnen würde diese Gestattungsgebührenhöhe aber bedeuten, dass jetzt auch unseren Härtefällen damit nicht wirklich geholfen werden kann. Wir wollen das Pilotprojekt jetzt aber erst einmal starten und dann im Rahmen der Evaluation noch einmal über die Höhe der Gebühren sprechen. Klar ist uns aber auch, dass die Nutzung dieser Sonderlösung nicht zu günstig und nicht zu attraktiv sein darf und wirklich nur in Härtefällen greifen soll. Es gilt, so viel wie wirklich nötig und so selten wie möglich. Abschließend noch ein Dank, dass der Start jetzt etwas vorverschoben werden kann, denn dann können wir auch früher evaluieren und früher abschließend entscheiden und schieben das Thema nicht länger vor uns her.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Wir haben hier im Gemeinderat im Mai die Neuregelung des Vollservice auf den Weg gebracht und damit eine zukunftsfähige Struktur bei der Abfallentsorgung für rund 94 Prozent der Standplätze geschaffen. 6 Prozent der Standplätze, in absoluten Zahlen immerhin rund 2.400 Standplätze, sind aber auch nach dem neuen Vollservice nicht satzungsgemäß. Die meisten betroffenen Bürger haben wahrscheinlich auch keine Möglichkeit, einfach einen neuen satzungskonformen Standplatz einzurichten. Wir wollen, dass auch für diese Bürger die beste Lösung gefunden wird, statt von vornherein auf die selbstständige Beauftragung eines Hausmeisterdienstes zu verweisen. Vielleicht ist der Hausmeisterdienst am Ende die beste Lösung, vielleicht ist es aber auch ein Stellplatz im öffentlichen Raum in bestimmten Ausnahmefällen. Um das herauszufinden, braucht es dieses Pilotprojekt. Wir finden es deshalb gut, dass das TSK in Abstimmung mit vielen anderen beteiligten Ämtern diesen politischen Auftrag ordentlich umgesetzt und dieses Pilotprojekt sorgfältig vorbereitet hat.

Der Vorlage stimmen wir nach sehr ausführlicher Vorberatung im Ausschuss heute gerne zu, damit im Sinne der Bürger, die momentan keinen satzungskonformen Standplatz haben, die beste Lösung ausgelotet werden kann.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Zunächst möchte ich mich im Namen meiner Fraktion beim TSK bedanken und auch bei allen anderen Ämtern, die sich eingebracht haben, um das Pilotprojekt letztendlich auf den Weg zu bringen, das auf einen Antrag unserer Fraktion vom Februar diesen Jahres zurückzuführen ist. Dieses Pilotprojekt ist der Versuch, in schwierigen Situationen, wie wir sie in der Hirschstraße haben, eine möglichst optimale Lösung zu finden. Andere Städte, sei es Barcelona oder auch München, haben gezeigt, dass diese Wege

möglich sind. Ein Pilotprojekt kann letztendlich dann nur erfolgreich sein, weil es eben kein Selbstläufer ist, wenn alle Beteiligten hinter dem Projekt stehen und auch eine hinreichende Betreuung und Kommunikation sowie eine auskömmliche Ausstattung mit Projektmitteln gewährleistet ist. Wir begrüßen diese Vorlage und sehen einen ersten Schritt, neue Wege zu gehen, wie wir auch das Thema Abfall in unserer Stadt gegebenenfalls neu strukturieren können. Wir wünschen uns, dass regelmäßig im entsprechenden Ausschuss ein Zwischenbericht vorgestellt wird, und entsprechend stimmen wir der Vorlage zu.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Diese Verwaltungsvorlage belegt, dass selbst das unsinnigste Projekt dann angestoßen wird, wenn es von der richtigen Fraktion beantragt wird. Wir haben eine Situation, dass seit einem Dreivierteljahr das Problem gar nicht mehr besteht, denn seit Januar ist dort bereits eine Lösung gefunden, offensichtlich mit einem Hausmeisterservice, der wahrscheinlich nur die Hälfte von dem kostet, was dieses Projekt kosten wird. Unser Kollege, der Herr Stolz, hat Erfahrung mit Hausmeisterservice und wäre bereit, den Service zum halben Preis anzubieten, hier nur nebenbei.

Die Verwaltungsvorlage geizt nicht mit Gegenargumenten gegen dieses Projekt. So steht hier, dass die Zurverfügungstellung öffentlicher Flächen für private Zwecke als grundsätzliches Problem gesehen wird, insbesondere dann, wenn es sich um bauliche Anlagen handelt. Wir sehen das ganz genauso. Wir halten das einfach für völlig falsch, hier an dieser Stelle mit so etwas anzufangen. Weiteres Gegenargument aus der Verwaltungsvorlage ist, dass wahrscheinlich Probleme mit der Akzeptanz durch die Nachbarschaft auftreten werden und dass das gründerzeitlich geprägte Stadtbild gestört wird, dass es im Sommer vor allem zu Geruchsbelästigungen kommen kann, und deswegen ist es auch sinnvoll, dass die Zeit, in der das Ganze dann ausprobiert wird, Ende Juni endet, sodass die heißesten Monate Juli und August schon ausgespart sind. Also das heißt, die höchste Geruchsbelästigung wird schon gar nicht stattfinden, sodass man am Ende mit diesem Zeitrahmen das Projekt auch gar nicht bewerten kann.

Die Stadtverwaltung hat schon durchblicken lassen, dass sie dieses Projekt danach auch nicht fortsetzen will, insbesondere nicht zu diesen hohen Kosten. Wir halten es für völlig falsch, so hohe Kosten der Allgemeinheit der Gebührenzahler aufzuzwingen, denn letztendlich ist es den Leuten egal, ob sie neben ihrer hohen Stromrechnung und den hohen Steuern dieses Geld mit den Steuern bezahlen müssen oder mit zusätzlichen Müllgebühren. Deswegen sind wir ganz und gar gegen diesen Antrag und werden ihn ablehnen.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Es wurde schon ausgeführt, wir haben an einigen Standorten die Herausforderung, dass auch nach der neuen Satzung die Stellplätze für den Müll einfach nicht gut einzurichten sind. Und deswegen bin ich dankbar der Verwaltung und dem Team Sauberes Karlsruhe, dass jetzt ein Modellversuch auf den Weg gebracht wird. Ja, es gibt Bedenken gegen den Modellversuch, den sehen wir auch, die Sauberkeit, die Mülltrennung, auch der Wegfall von Stellplätzen. Wobei ich ganz klar sagen muss, in dem Fall profitieren jetzt die Hausbewohner davon. Wenn sie die Stellplätze aufgeben, kriegen sie jetzt einen Modellversuch vor der Tür. Ganz klar, im Sinne eines möglichst optimalen Bürgerservice finden wir es schon richtig, dass wir auch mal neue Wege gehen und etwas ausprobieren. Wir leisten uns auch bei anderen Themen Reallabore und Modellversuche, wenn es zum Beispiel um das Thema Mobilität geht. Und es gibt auch die Möglichkeit, zwischen drin abzubrechen. Wenn wir sehen, es funktioniert einfach nicht, dann können wir diesen Test auch zwischenzeitlich abbrechen. Und am Ende werden wir dann sehen, ob die

Umnutzung von Stellplätzen im öffentlichen Raum auch für die Anwohner wirklich die bevorzugte Lösung sein wird oder ob man im Hinblick auf die Kosten und Gebühren nicht vielleicht doch versuchen wird, eine Lösung in der Hausgemeinschaft oder bei einem privat bezahlten Dienstleister zu wählen. Wenn wir es nicht ausprobieren, werden wir es nicht herausfinden.

Stadträtin Geißinger (Volt): Ich schließe mich dem kurzen Dank natürlich an der Stelle auch an. Wir waren einmal sehr angetan von der Überlegung, lehnen aber tatsächlich heute ab, und zwar im Endeffekt aus dem Grund, dass öffentlicher Raum kostbar ist. Wir diskutieren sehr oft darum, gerade in eng bebauten Gebieten, wie wir überhaupt irgendwas machen. Und ehrlich gesagt, dass der öffentliche Raum kostbar ist, spiegelt sich eigentlich auch im Bodenrichtsatz wider. Der hängt natürlich immer von der Gegend ab, aber gerade an der Stelle reden wir davon, dass das Ganze für die zwei Parkplätze 11.550 Euro kosten würde für ein Jahr. Umgerechnet auf ungefähr die Haushaltsanzahl sind das 30 Euro pro Monat pro Haushalt. Das würde mit Sicherheit keiner auf lange Sicht zahlen. Das heißt, wir erproben ein Pilotprojekt, was sehr wahrscheinlich von keinem genutzt wird, weil jeder Hausmeisterservice mit Sicherheit günstiger ist. Wir sehen den Wunsch der Bevölkerung nach einer Lösung, aber das ist tatsächlich einfach ein Pilotprojekt, was am Ende keine umsetzbare Lösung ist und damit auch nicht flächendeckend sinnvoll ist. Wenn, dann würden wir eher sowas wie Sammelplätze für mehrere Häuser oder auch einen Hausmeisterzuschuss in ganz krassen Fällen oder so etwas sehen. Aber irgendwie sehen wir keinen Anlass, dem TSK jetzt das Extra-Projekt aufzubrummen, wenn wir wissen, dass das sowieso kostentechnisch von der Bevölkerung nicht getragen wird.

Vielleicht lassen Sie mich einen Satz am Ende noch sagen. Wir haben immer Streits um Rad gegen Auto. Jeder, der sonst immer sagt, der Parkplatz darf da nicht weg, dürfte eigentlich auch nicht zustimmen, nur einmal kurz an der Stelle erwähnt.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. wir kommen zum Beschluss, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Annahme, vielen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
19. August 2025